



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN PAKISTAN

ISLAMABAD, den 7. Mai 1979

84th Street, Ramna 6

Ref.: 521.62(2) - ST/10

ad: Schä/gst. Pak 861.5

E.V.D. HANDELSABTEILUNG				
No. Pak 861.5		Handelsabteilung des		
GATT		Eidg. Volkswirtschafts-		
EE		departements		
R - 9. MAI 1979		B e r n		
aa				
Scha				
le an		VT Bg Ku Sch		

Ablehnung eines weiteren schweizerischen  
Mischkredites für Pakistan

Ich bestätige den Empfang einer Kopie Ihrer Note vom 27. April 1979 an die pakistanische Botschaft in Bern, worin Sie dieser diplomatischen Vertretung Ihre Ablehnung des Gesuches meines Residenzlandes nach einem neuen Mischkredit in Höhe von Fr. 50 mio. mitteilen. Aufgrund meiner anfangs Januar mit den zuständigen Herren Ihrer Abteilung geführten Gespräche kommt dieser negative Entscheid für mich nicht unerwartet. Er ist aus weiterer aussenwirtschafts-politischer Perspektive gewiss zu rechtfertigen, im Blick auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen Schweiz - Pakistan indessen gleichwohl zu bedauern. Konkret wird er zweifellos eine fühlbare Verminderung der Absatz-möglichkeiten für schweizerische Investitionsgüter und Dienstleistungen (Consulting) in Pakistan zur Folge haben. Wie bereits in meinem Schreiben vom 16. Oktober 1978 ange-führt, drohen dabei von unserer Exportindustrie in der Vergangenheit nicht ohne Mühe aufgebaute Marktpositionen möglicherweise für immer verlorenzugehen. Dass alte und auch neue Konkurrenten nicht säumen werden, das von uns aufgegebenes Terrain in Besitz zu nehmen, versteht sich. Ich erinnere in diesem Zusammenhang lediglich an mein Schreiben vom 19. März 1979 ("Zunehmende Bedeutung Chinas als Textilmaschinenlieferant für Pakistan") und verweise auf die beiliegenden Presseauschnitte betreffend Bemühungen Italiens und der DDR um den hiesigen Absatzmarkt für Maschi-nen und Ausrüstungsgüter.



Es ist im Übrigen denkbar, dass unsere Exportinteressen in Zukunft, ausser durch den Wettbewerbsnachteil der fehlenden Kreditfazilitäten, auch durch einen Verlust an Goodwill bzw. eine Art antischweizerischen Reflex beeinträchtigt zu werden drohen, der sich als Folge unseres Rückzugs aus dem Kreis der "aid donors" einstellen könnte. Mit etwelcher Verärgerung ist in Islamabad schon deshalb zu rechnen, weil die schweizerische Absage kurz nach der am 6. April bekanntgegebenen weitgehenden Einstellung der Wirtschaftshilfe der USA (1979: \$ 45 mio, 1980: \$ 40 mio.) eintrifft und damit einen gegenüber den pakistanischen Erwartungen bereits verringerten Zufluss an Devisenhilfe noch weiter schmälert.

So unwahrscheinlich dies aus schweizerischer Sicht erscheinen mag, ist ausserdem zu befürchten, dass die Pakistaner zwischen der amerikanischen und der schweizerischen Massnahme einen Zusammenhang vermuten werden. Washington verhängte sein Hilfsembargo bekanntlich als Sanktion gegen die pakistanischen Nuklearrüstungsbestrebungen. Nachdem am 1. Mai publik wurde, dass die USA in Bern vorstellig geworden sind, weil zwei Schweizer Firmen durch ihre Lieferungen zum pakistanischen Nuklearprogramm beigetragen haben sollen, liegt der - irrije - Schluss nahe, die schweizerische Kreditabsage sei ebenfalls auf amerikanischen Druck hin erfolgt. Man wird in Islamabad umso eher nach einer politischen Motivation für das schweizerische Nein suchen, als der wirkliche Grund - Beschränktheit unserer verfügbaren Mittel - dem "reichsten Land der Welt" hier erfahrungsgemäss nicht ohne weiteres abgenommen wird.

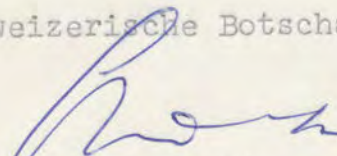
In Ihrer Note vom 27. April wird das Bemühen spürbar, den Schock der Kreditabsage durch den Hinweis auf unsere verstärkten Anstrengungen im Bereich der Technischen Zusammenarbeit etwas zu dämpfen (Absatz 2 auf Seite 2). Sie werden die Wirkung dieses beschwichtigenden Hinweises wohl kaum sehr hoch veranschlagen, und es wäre in der Tat verfehlt, sich von Aktionen der Technischen Zusammenarbeit - auch wenn sie in Zukunft eine Ausweitung erfahren sollten - einen von pakistanischer Seite als gültig empfundenen kompensatorischen Effekt für die entgangene Kredithilfe zu versprechen. Die Projekte unserer Entwicklungszusammenarbeit in Pakistan mögen wohlkonzipiert sein und dringenden Bedürfnissen unterprivilegiertes Bevölkerungsgruppen dieses Landes entgegenkommen - auf Regierungs- und Verwaltungsebene pflegen sie - genau wie analoge Vorhaben anderer westlicher Länder - bestenfalls höflich-gedämpftes Interesse auszulösen. Der dieser Botschaft zugeteilte Entwicklungsattaché hat einen grossen Teil seiner Arbeitszeit darauf zu verwenden, unseren Hilfsofferten gegen Lethargie und



bürokratische Widerstände die Zustimmung der zuständigen pakistanischen Stellen zu erkämpfen; selbst Stipendienangebote blieben ohne mehrfaches Rechargieren unbeantwortet. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass wir trotz anerkannter Anstrengungen und bestem Willen aller schweizerischerseits Beteiligten z.Z. nur einen bescheidenen "record" in Ausführung begriffener oder zur Ausführungsreife gediehener TZ-Projekte vorzuweisen haben.

Im Zusammenhang mit dem ablehnenden Kreditentscheid vom 27. April stellt sich schliesslich die Frage unseres künftigen Verhältnisses zum Weltbank-Konsortium Pakistan. Besteht für die Weiterbeanspruchung des uns bisher zugestandenen Beobachterstatus noch eine tragfähige Basis? Mit "aid donors" sind gemäss Sprachgebrauch des Konsortiums bzw. der Weltbank doch wohl Kredithilfe-Geberländer gemeint, zu denen wir uns in Zukunft kaum mehr werden zählen dürfen. Auch aus den im vorstehenden Absatz erwähnten Gründen schiene es mir gewagt, einen Anspruch auf Beibehaltung unseres Beobachterstatus im Konsortium lediglich auf unsere Aktivität im Bereich der Technischen Zusammenarbeit abstützen zu wollen. Liefere ein solcher Versuch - gerade seitens der "reichen" Schweiz - nicht Gefahr, bei einem Teil der Geberländer (wie auch in Pakistan selbst) auf Unverständnis zu stossen und uns eines Tages ein mehr oder weniger deutliches "consilium abeundi" einzutragen? Ein freiwilliges Ausscheiden wäre einem solchen Affront vermutlich vorzuziehen, auch wenn es - nicht zuletzt vom Standpunkt dieser Botschaft aus - sehr bedauerlich wäre, auf die durch das Konsortium gebotenen wertvollen Kontakt- und Informationsmöglichkeiten künftig verzichten zu müssen. Für eine gelegentliche Stellungnahme zu dieser Frage wäre ich Ihnen sehr verbunden.

Der Schweizerische Botschafter:



(P. Stauffer)

Beilage: 2 Zeitungsausschnitte

Kopien: - Politische Direktion II, EPD  
- Generalkonsulat Karachi  
- Direktion für Entwicklungszusammenarbeit